Die historischen Hintergründe des irakischen Anspruchs auf Kuwait

Von René Klaff

I.


Die Motive, die Saddam Hussein zur Einverleibung Kuwaits trieben, sind vielfältig und im einzelnen in diesem Beitrag nicht näher darzustellen. Sie liegen vor allem in der strategischen Bedeutung, die der kleine, ölsiche Nachbarstaat für den Irak hat. Mit dem Besitz von Kuwait erhielt der Irak den langersehnten Zugang zum Persisch/Arabischen Golf, der ihm aufgrund seiner nur ca. 50 Meilen langen, für den Bau von Tiefwasserhäfen ungeeigneten Küstenlinie bislang faktisch fehlte. Darüber hinaus schien der Zugriff auf die

Reichtümer Kuwais die großen finanziellen Probleme lösen zu können, die durch die hohe Verschuldung Iraks infolge des achtjährigen Krieges mit dem Iran entstanden waren.\(^2\)

Nach den Regeln des Völkerrechts läßt sich die gewaltsame Annexion Kuwais in keinem Falle legitimieren: Kuwait hat als souveräner Staat Anspruch auf territoriale Unversehrtheit, die ihm z.B. durch die Charta der Vereinten Nationen und die der Arabischen Liga zugesichert ist. Irak, Mitglied in diesen beiden Staatenorganisationen, hat mit seiner militärischen Aktion offensichtlich Rechtsbruch begangen.

Dennoch hat Saddam Hussein versucht, eine Legitimationsgrundlage für seinen Schritt zu konstruieren. Die Begründungen, die er für die Besetzung und anschließende Annexion des kleinen Nachbarstaates als 19. Provinz des Iraks\(^3\) vorgebracht hat, betreffen die historischen Beziehungen beider Länder. Seine Argumentation läßt sich in zwei wesentliche Punkte zusammenfassen:


2. Kuwait sei ein künstlicher Staat, seine Selbständigkeit nur die Folge illegitimen britischen Kolonialverhaltens.\(^4\)

In der arabischen Welt - wenn nicht bei den einzelnen Regimen, so doch beim Großteil der arabischen Massen - wird diese Darstellung weitgehend akzeptiert.\(^5\) Viele Araber sehen in

---


der Invasion und Annexion Kuwaits durch Irak daher eine legitime Aktion. Schon aus diesem Grunde bedarf der Versuch Saddam Husseins, seinen Schritt mit historischen und völkerrechtlichen Argumenten zu rechtfertigen, einer näheren Untersuchung. Um die Legitimität der irakischen Ansprüche auf Kuwait beurteilen zu können, müssen folgende Fragen beantwortet werden:

1. War Kuwait integraler Bestandteil des Osmanischen Reiches, konkret der Provinz von Basra?
2. Kann der Irak daher als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches Ansprüche auf Kuwait legitimerweise vorbringen?
3. Hat der Irak diese Ansprüche kontinuierlich vertreten?

II.


gehörend.8 Die Kuwaitis akzeptierten diesen Anspruch. Scheich Sabah reiste noch im Jahre 1756 zum osmanischen Provinzgouverneur nach Basra, um die friedlichen Absichten der neuen Bewohner darzulegen, gleichzeitig aber auch, um die Oberhoheit des osmanischen Sultans zu garantieren. Ein konkreter Abhängigkeitsstatus von Kuwait zum Osmanischen Reich wurde bei dieser Gelegenheit nicht festgelegt.9 Damit begann die erste Phase der kuwaitischen Geschichte, die bis zum formalen Beginn des Engagements des Britischen Empires 1899 andauerte.


9 Vgl. Dickson, Kuwait, S. 26 f.
11 Die größte territoriale Verwaltungseinheit im Osmanischen Reich war die Provinz (Wilayet), die wiederum aus mehreren Sanjaks bestand; oberste Beamte waren der Wali bzw. der Mutassarif. Die nächst kleineren Einheiten - ursprünglich Gerichtsbezirke - waren der Qaza (unter der Leitung

126

De facto bedeutete dieses Abkommen jedoch die Feststellung der Situation, die seit 1756 bestanden hatte. Die Al Sabah blieben selbstverantwortlich, ihre politische Macht und ihre Ordnungsfunktionen nahmen sie weiterhin aus eigener Kraft wahr. An diesem Sachverhalt änderte sich auch durch das Abkommen mit Midhat Pascha trotz gegenläufiger Tendenzen zwischen 1871 und 1899 grundsätzlich nichts.13

Das Verhältnis Kuwails zum Osmanischen Reich ist in dieser ersten Phase seiner Geschichte daher folgendermaßen zu beurteilen:

1. Das Osmanische Reich hat weder vor der Etablierung der Al Sabah Dynastie noch danach je tatsächlich politische Macht in Kuwait ausgeübt. Über die Formulierung eines Anspruches hinaus konnte das Osmanische Reich keine praktischen Schritte zur Integration Kuwails in seinen unmittelbaren Herrschaftsbereich unternehmen.


Titels Qaimmaqam nichts. Politische Entscheidungen in Kuwait wurden auch weiterhin nicht im türkischen Namen getroffen; weder auf die Bestellung noch auf die Amtsführung des regierenden Scheichs gab es irgendeinen türkischen Einfluß. Durch die Verleihung dieses Titels wurde sein Träger somit nicht automatisch zur osmanischen Amtsperson. Im übrigen weigerte sich Scheich Mubarak (1896-1915), diesen Titel zu tragen.

4. Vor diesem Hintergrund muß Kuwait als Vasall des Osmanischen Reiches bezeichnet werden, nicht jedoch als dessen integraler Bestandteil. Das Osmanische Reich war Oberherr (Suzerän) des ansonsten autonomen Scheichtums von Kuwait; das Verhältnis des Suzeräns zum Vasallen ist nicht gleichbedeutend mit der Ausübung staatsrechtlicher Souveränität des ersteren über den zweiten, sondern schließt sie in der Regel - wie im Falle der Beziehung des Osmanischen Reiches zu Kuwait - aus.

III.

Am 23.1.1899 unterzeichnete Scheich Mubarak einen Geheimvertrag mit Großbritannien, der für die weitere Geschichte Kuwaits, aber auch für die heutige Argumentation Saddams Husseins von großer Bedeutung ist. In dem Vertrag verpflichtete Mubarak sich und seine Nachfolger, "... not to receive the agent or representative of any Power or Government at Kuwait, or at any other place within the limits of his territory, without the previous sanction of the British government; and he further binds himself, his heirs and successors, not to cede, sell, mortgage, or give for occupation or for any other purpose, any portion of his territory to the Government or subjects of any other Power without the previous consent of Her Majesty's Government ...". Vom Britischen Empire erhielt Mubarak im Gegenzug neben einer Summe von 1000 Pfund die Zusicherung britischen Schutzes und "guter Dienste" für sich und seine Nachfolger.

14 Vgl. Pillai/Kumar, Status of Kuwait, S. 117, auch für ähnlich gelagerte Fälle.
16 So übereinstimmend Gehrke/Kuhn, Irak, S. 121 ff.; Albaharna, Gulf States, S. 253; Pillai/Kumar, Status of Kuwait, S. 116 ff.
17 Der Status der Vasallität bezieht sich auf Verpflichtungen wie Tributzahlungen, Heeresfolge und militärische Schutzfunktionen für die Sicherung des Reichsverbandes; vgl. dazu Gehrke/Kuhn, Irak, S. 136.


---


22 Vgl. Dickson, Kuwait, S. 136 ff.


vorbeugen, die einer anderen Macht als dem Britischen Empire Einfluß über das Scheich-
tum verschafft hätten.26

Ein Nebeneffekt des Vertrages mit Großbritannien war die Begründung einer kuwaitischen
Staatlichkeit. Scheich Mubarak handelte explizit für das von ihm beherrschte Territorium;
damit übte er eine gebietsbezogene Hoheitsgewalt aus, im Unterschied zur bisherigen, auf
den Stamm bezogenen, personalen Hoheitsgewalt der Al Sabah.27 Der Vertragspartner
Großbritannien akzeptierte Mubarak als denjenigen, der aus originärer Macht heraus für die
Geschicke Kuwails verantwortlich war. Die türkischen Versuche, Kuwait in die Verwal-
tungsstruktur des Osmanischen Reiches wirksam zu integrieren, waren damit gescheitert;
dies gilt auch für die später, nach Bekanntwerden des Geheimvertrages unternommenen
Maßnahmen des Reiches.28

Das formale Abhängigkeitsverhältnis des Staates Kuwait gegenüber dem Osmanischen
Reich und dem Britischen Empire blieb indes undeutlich. Kuwait schied durch den Vertrag
von 1899 nicht aus dem osmanischen Reichsverbund aus. Sowohl Großbritannien als auch
Mubarak - der z.B. an der türkischen Flagge festhielt - bestätigten den Sultan von Konstan-
tinopel weiterhin als Oberherrn Kuwails. Kuwait war seit 1899 Vasallenstaat des Osma-
nischen Reiches unter besonderem britischen Schutz, dessen interne, innerstaatliche Autono-
mie dadurch jedoch nicht grundsätzlich berührt wurde.29 Vasallenstaaten hat das Osmanis-
ische Reich in allen Phasen seiner Geschichte gekannt, so daß der Status von Kuwait durch-
aus nicht als ungewöhnlich zu bezeichnen ist.30

Dieser Status Kuwails - als Vasall des Osmanischen Reiches und Quasi-Protektorat
Großbritanniens - wurde in der "Anglo-Ottoman Draft Convention on the Persian Gulf
Area" vom 29.7.1913 im Kern bestätigt. In dieser Konvention - die bis zum Ausbruch des
1. Weltkrieges im übrigen nicht ratifiziert wurde und danach gegenstandslos war - wurde

26 Die britische Haltung kommt in einer Bemerkung des Unterstaatssekretärs im India Office, Sir
Arthur Godley, zum Ausdruck: "We don't want Koweit, but we don't want any one else to have
it." Zitiert nach Busch, Status of Kuwait, S. 196.
28 Das Osmanische Reich beharrte energisch auf der Position, daß die Territorialhoheit über Kuwait
in Konstantinopel läge und über seine Geschicke letztlich hier entschieden würde. Dessen unge-
achtet übte Mubarak faktische Souveränität aus, erhob z.B. Zölle und schloß weitere Verträge mit
Großbritannien; vgl. Gehrke/Kuhn. Irak, S. 53 ff., Dokumentenanhang, Dok. 8 (Postvertrag) u. 9
(Pachtvertrag), S. 14 ff.
97.
Kuwait nominell als "autonemer Qaza" bezeichnet. Dem Scheich wurde vom Osmanischen Reich ausdrücklich völlige administrative Autonomie zugesichert; "die Türkei mußte sich jeder Einflußnahme auf die Angelegenheiten von Kuwait enthalten, einschließlich der Frage der Nachfolge, und sie durfte keine Verwaltungsakte und keine militärischen Maßnahmen in Kuwait vornehmen." Mit dieser Konvention erkannte das Osmanische Reich schließlich den seit jeher offensichtlichen Sachverhalt an, daß Kuwait kein gewöhnlicher Verwaltungsbezirk des Reiches war, der Scheich kein gewöhnlicher Beamter, der Maßnahmen der Regierung von Konstantinopel oder gar des Provinzgouverneurs von Basra umzusetzen hatte. Es bestanden nicht die geringsten Hoheitsbefugnisse des Osmanischen Reiches in Kuwait.

Das Territorium Kuwaiats wird in dieser Konvention zum ersten Mal definiert, und zwar "1. als ein halbkreisförmiges Gebiet um die Stadt Kuwait einschließlich der Inseln Warba und Bubjjan ..., 2. als eine um dieses Gebiet herumliegende Zone, in der der Scheich die Verwaltungsrechte als türkischer Qaimmaqam wahrnehmen sollte."


Saddam Husseins Argumentation, Kuwait sei zur Zeit des Osmanischen Reiches Bestandteil der Provinz Basra gewesen, muß also zurückgewiesen werden. Weder aus dem nominellen Anspruch des Osmanischen Reiches auf volle Souveränität über Kuwait, noch aus der tatsächlichen Vasallität bis 1914 läßt sich die Integration Kuwaits in das Reich von Konstantinopel konstruieren. Unbestritten ist, daß das Britische Empire als imperiale Großmacht in die Geschichte Kuwaits eingegriffen hat; die Frage, ob die Überlebensfähigkeit Kuwaits allein durch Großbritannien gesichert wurde oder ob Kuwait sich der abzeich-

nenden Integration in das Osmanische Reich nach 1871 auch aus eigenen Kräften hätte entziehen können, muß offen bleiben. Unerheblich ist in diesem Zusammenhang jedoch, welche politischen Gründe letztlich für Großbritanniens Engagement ausschlaggebend waren. In jedem Fall ist die Argumentation falsch, daß ein autonomer Staat Kuwait nicht existiert habe.

IV.


39 Die Übertragung der Mandate gemäß Art. 22 der Satzung des Völkerbundes fand auf der Konferenz von San Remo im April 1920 statt, die verbindlichen vertraglichen Regelungen wurden später (1922) festgelegt. Vgl. Lenczowski, Middle East, S. 93 f.; Topf, Staatenbildungen, Anhang 1, 2, 7 für die Übersetzung der Mandatstexte bzw. des englisch-irakischen Vertrages vom 10.10.1922.

hätte angesichts der mehrfach bestätigten Unabhängigkeit des Scheichtums sogar einen Rechtsbruch dargestellt. Eine "Wiedervereinigung" unter dem Mandatssystem konnte daher nicht erfolgen; Kuwait und Mesopotamien hatte es als Einheit auch vor dem Kriege nicht gegeben: "... weder England als Protektionsmacht, noch die Türkei, ... noch der Völkerbund waren berechtigt, von sich aus über den Status von Kuwait, der ein eigener Staat war, ohne dessen Zustimmung zu verfügen."41


Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, daß der neue Staat Irak keine völkerrechtlichen Ansprüche auf Kuwait etwa nach dem Prinzip der Staatsensukzession erheben kann. Durch die Verträge von Sèvres und Lausanne hatte die Türkei auf alle Rechte in ihren ehemaligen Provinzen und Reichsteilen verzichtet, in welcher Form diese auch immer bestanden hatten.44 Irak, als Staat in Teilen dieser Gebiete neu entstanden, kann daher kein Territorium beanspruchen, auf das das Osmanische Reich bereits verzichtet hat. Es gibt somit keine aufrechterhaltenen Ansprüche des Osmanischen Reiches, die im Sinne der Staatsensukzession auf Irak hätten übergegangen sein können.45

Wenn also an der staatlichen Existenz Kuwaits - das als Quasi-Protektorat jedoch unter britischem Schutz verblieb - nicht zu zweifeln war und diese durch die politische Entwicklung auch bestätigt wurde, so blieb dennoch die Frage nach den Grenzen des Staates offen. Die Konvention von 1913, das einzige Dokument mit einem Bezug zur territorialen Frage, war wegen der Kriegsumstände nicht ratifiziert worden, aber auch durch die neue Situation nach dem Kriege insgesamt hinfällig geworden. Das schwierige Unterfangen einer Grenzziehung in der Wüste mußte jedoch nun vor allem in Angriff genommen werden, weil die Übergriffe wahhabitischer Kämpfer aus dem Innern Arabiens in den Süd-Irak und in kuai-

43 Zu den Problemen um Mossul vgl. Lenczowski, Middle East, S. 69, 93 f.
44 Vgl. Alibarnana, Gulf States, S. 255; Pillai/Kumar, Status of Kuwait, S. 127 ff.. Hier auch jeweils zur Bedeutung des nicht ratifizierten Vertrages von Sèvres.
45 So auch Pillai/Kumar, Status of Kuwait, S. 128: "Iraq can hardly claim what Turkey had already surrendered."


Von irakischer Seite ist in den folgenden Jahrzehnten immer wieder die Tatsache moniert worden, daß die Grenzen des Irak von der britischen Mandatsmacht festgelegt wurden, der Irak selbst an diesem Prozeß also nicht beteiligt war. Abgesehen davon, daß dieser Vorgang unter den damaligen gültigen völkerrechtlichen Bedingungen des Mandatsystems durchaus legal war, wird dadurch die grundsätzliche Legitimität der staatlichen Existenz Kuwaits nicht in Frage gestellt; die jeweilige Staatswerdung Kuwaits und Mesopotamiens/fraks war, wie dargestellt, seit spätestens 1899 getrennt verlaufen.

Im Sommer 1932 hat der irakische Premierminister Nuri as-Said schließlich im Zuge der Verhandlungen, die zum Abzug der Briten und zur vollständigen Unabhängigkeit Iraks führten, in einem Notenwechsel mit dem Scheich von Kuwait die ein Jahrzehnt zuvor

---

48 Zu den Reaktionen in Kuwait auf diese Beschlüsse vgl. Dickson, Kuwait, S. 278 ff.
49 Vgl. ebda., und Gehrke/Kuhn. Irak, S. 92 f.
50 Mit Ausnahme der neutralen Zone zwischen Kuwait und Najd/Saudi-Arabien; vgl. Fn. 47.
beschlossene Grenzziehung bestätigt. Dieser Schritt setzte in gewisser Weise einen formalen Schlußpunkt unter die seit 1899 getrennt verlaufenen Staatsbildungsprozesse Kuwaits und Iraks. Auch der Irak hatte 1932 somit Grenzen und Souveränität Kuwaits völkerrechtlich anerkannt.52

V.

In den folgenden Jahrzehnten ist diese Anerkennung wiederholt in Zweifel gezogen worden. Dafür waren allerdings weniger historisch-rechtliche Gründe ausschlaggebend, die das Verhältnis Kuwait - Irak in den Mittelpunkt stellten. Vielmehr wurde zum einen das Aufgehen Kuwaits in den Irak oder einen noch größeren arabischen Staat auf der Grundlage der unter den arabischen Massen attraktiven ideologischen Strömungen des arabischen Nationalismus und der späteren sozialreformerischen Spielarten des Panarabismus gefordert.53 Thematisiert wurde also nicht speziell die Legitimität Kuwaits, sondern die des gesamten arabischen Staatsystems, das nach dem 1. Weltkrieg durch die Mandatsmächte geschaffen und in der arabischen Welt als künstlich und illegitim perzipiert wurde. In Kuwait selbst gab es kontinuierlich politische Kräfte, die den Anschluß an Irak forderten.54 Ein zweiter Aspekt ist politisch-geographischer Natur. Da die Küstenlinie des Irak für den Bau größerer Tiefwasserhäfen nicht geeignet ist, muß der Irak erhebliche Nachteile beim Ölexport in Kauf nehmen.55 Er ist auf Pipelines angewiesen, die zu Häfen anderer Staaten führen, was eine strategische Verwundbarkeit der irakischen Wirtschaft und der gesamten Regionalpolitik bedeutet.56 Ein dritter, rein politischer Grund ist der Ölreichtum Kuwaits, der nach dem 2. Weltkrieg in seinem gesamten Umfang sichtbar wurde und irakische Begehrlichkeiten weckte. Es bleibt allerdings festzuhalten, daß der Irak während der Phase

52 Texte des Notenwechsels bei Albaharna, Gulf States, Appendix 14, S. 383.
der haschemitischen Dynastie (bis 1958) keine völkerrechtlichen Ansprüche auf Kuwait als Ganzes geltend gemacht hat.57


57 Auch die Pläne des irakischen Premierministers Nuri as-Said zur Errichtung einer Konföderation zwischen Irak und Jordanien mit Kuwait als Partner 1958 thematisieren nicht die Legitimität der Existenz Kuwaits, sondern behandeln die grundsätzliche Frage nach der Struktur des arabischen Staatsystems.


62 Hintergrund war die Abkühlung des sowjetisch-irakischen Verhältnisses aufgrund der massiven Verfolgung irakischer Kommunisten durch das neue, baathistisch dominierte Regime.
Irak die Unabhängigkeit und vollständige Souveränität des Staates Kuwait in seinen gegenwärtigen Grenzen anerkannte und sich beide Staaten zur brüderlichen Zusammenarbeit und Errichtung der gesamtarabischen Einheit verpflichteten ...63 Dieser Vertrag wurde auf irakischer Seite im übrigen von Premierminister Hassan al-Bakr unterzeichnet; al-Bakr gehörte der Baath-Partei an, war Förderer Saddams Husseins und nach einem weiten Umsturz von 1968 bis 1979 auch dessen direkter Vorgänger als irakischer Präsident.


Bereits zwei Jahre nach Beendigung des ersten Golfkrieges im Sommer 1988 fand dann der Überfall und die Annexion Kuwaits statt, zu dessen Legitimierung die historisch-rechtlichen Argumente wieder belebt wurden. Die politischen Motive Saddams Husseins sind in diesem ...

63 Gehrke/Kuhn, Irak, S. 118. Der Vertragstext ist abgedruckt bei Albaharna, Gulf States, Appendix 15, S. 384 f.
Beitrag nicht eingehender darzustellen. Sie liegen, wie eingangs bereits erwähnt, einerseits in der katastrophalen finanziellen Situation des Irak nach achtjährigem Krieg gegen den Iran; mit der Annexion Kuwaits sollte einer der größten Gläubiger des Irak beseitigt werden. Zum anderen sind sie in dem Bestreben Saddams Husseins zu suchen, den Nahen Osten, zumindest aber die Golfregion unter seiner Führung neu zu ordnen.67

VI.

Die Darstellung der historischen und völkerrechtlichen Aspekte der derzeitigen Golfkrise führen zu folgenden Antworten auf die eingangs gestellten Leitfragen:


Diese Ansprüche wären auch dann nicht haltbar, wollte man - fälschlicherweise! - eine formale Integration Kuwaits in die osmanische Provinz Basra vor dem Kriege unterstellen. Die territoriale Verwaltungsstruktur des Osmanischen Reiches - die häufigen Veränderungen unterworfen war - hatte für die gebietsmäßige Definition der neu entstandenen arabischen Staaten nach dem 1. Weltkrieg keine entscheidende Bedeutung.68

3. Die Politik Großbritanniens nach 1899 hat einen status quo garantiert: die Autonomie Kuwaits. Hingegen ist Kuwait nicht von den Briten gegründet worden. Es ist unbestritt-

67 Vgl. Fn. 2.
ten, daß Großbritannien koloniale Eigeninteressen in der Region vertrat. Daraus lassen sich in der hier behandelten Frage historisch-rechtlicher Ansprüche Iraks auf Kuwait jedoch keine Argumente zur Stützung der Position Saddam Husseins ableiten.


69 *Tibi, Golfkrieg, S. 5.*
VII.

Trotz dieses Sachverhalts hat die Aktion Saddams Hußeins unter der arabischen Bevölkerung des Nahen Ostens sehr viel Zustimmung und Unterstützung erfahren. Die für viele westliche Beobachter überraschende und schwer nachvollziehbare Parteinehme der sogenannten "arabischen Massen" für die Sache des irakischen Diktators schließt die Akzeptanz seiner Argumentation mit ein. Es bleibt daher abschließend, thesenartig auf einige dafür verantwortliche Gründe zu verweisen.


3. Die Hoffnungen der Araber, nach dem Untergang des Osmanischen Reiches am Ende des 1. Weltkrieges einen gesamtarabischen Staat errichten zu können, der an große historische Vorbilder anknüpft, haben sich nicht erfüllt. Die seither bestehende tiefgreifende politische und staatliche Spaltung der Araber, für die nicht-arabische Staaten verantwortlich sind, wird im allgemeinen aus traumatisch empfunden. Gleichzeitig wird die Fiktion aufrecht erhalten, daß die Aufhebung dieser Spaltung durch die Etablierung eines gesamtarabischen Staates, der erste, notwendige Schritt sei, um die diversen Krisen der arabischen Welt wirkungsvoll zu überwinden. Wer, wie Saddams Hussein durch


Die Krise am Golf ist daher nicht allein mit historischen und völkerrechtlichen Argumenten zu erfassen - und schon gar nicht zu lösen. Sie stellt vielmehr einen politischen Konflikt dar, der letztlich seine wahren Hintergründe in der fehlenden Struktur einer im Nahen Osten allgemein akzeptierten regionalen Ordnung hat.
ABSTRACTS

The Recent Developments Concerning the Constitution of the Islamic Republic of Iran

By Asghar Schirazi

The article examines the question of whether the revision of the constitution of the Islamic Republic of Iran undertaken between April and June 1989 was the appropriate instrument for solving the contradictions that have been responsible for the failures of the state leadership. By and large the answer is negative, as it merely served to decide who should succeed Chomeini and how his successors were to share power. It was triggered off when Grand Ayatollah Motazeri, Chomeini's designated successor, resigned. As there was no other Grand Ayatollah acceptable to the regime who could replace him, the condition was dropped that the head of state had to be a leader in religious affairs, too. The problems caused by a prime minister and a president both occupying the top of the executive branch were solved in favour of Johhat ol-Eslam Rafsanjani, who was known to want to stand as candidate for the soon-to-be-vacated office of president. The Determination Council, set up by decree in February 1988, was incorporated into the constitution as an additional body limiting the legislative authority of Parliament. The separation of leadership in religion and state was a further step towards freeing the Islamic Republic from its religious destiny. The division of power after the death of Chomeini was not equitable and thus increased tension amongst his successors.

The Historical Background of the Iraqi Territorial Demands on Kuwait

By René Klaff

Iraqi President Saddam Hussein's attempt to annex Kuwait and incorporate the small neighbour state into Iraq as its 19th province has not been successful. It caused global resistance, as a consequence of which Iraq was finally driven out of Kuwait by an international alliance whose military capabilities and internal composition was without precedence. In order to fully understand the invasion of August 1990, one has to analyse not only the mere political and strategic reasons that were responsible for the Iraqi President's bold move. Saddam Hussein argued that Kuwait was able to become a sovereign

Open Access - [OC] 5.0, 1.0 | https://www.nomos-elibrary.de/agb
state only because of Great Britain's colonial politics, and that Kuwait has always been an integral part of Iraq. Therefore, this article discusses the historical and legal aspects which were brought forward by Saddam Hussein in order to legitimize the invasion and the attempt to incorporate Kuwait into Iraq. Three questions are crucial in this respect:

1. Was Kuwait an integral part of the Ottoman province of Basra?
2. Are there any legitimate claims of Iraq, as a successor state of the Ottoman Empire, to Kuwait?
3. How has Iraq sustained its claims in the past?

The answers to these questions show that Iraqi claims to Kuwait are unfounded.

On the Court System in Libya

By Hans-Georg Ebert

As the legal system of Libya is often analysed on the occasion of spectacular or doubtful practices in the judiciary, often with a political background, the institutional structure of the court system itself and its legal basis is seldomly described on a plain legal basis. The article describes the institutional structure in which the courts, attorneys-at-law and court administration work. The article tries to concentrate on the valid statutes and to give an overview, although frequent changes and the dichotomy of state law and sharia make a brief and clear description either impossible or incomplete.

The author also introduces the valid principles governing the legal procedure at court and explains the extent to which the government did and does interfere - disrespecting the independence of the judiciary. He concludes that the present Libyan court system is the result of a dual strategy, an attempt to reorganize the legal system integrating the traditional Islamic legal practices and institutions.

Selected Issues Concerning the Operation of Inter-American System for the Protection of Human Rights

By Antônio Augusto Cançado Trindade

In the operation of the inter-American system of human rights protection, two issues deserve special attention: the exhaustion of local remedies as a condition of admissibility of